

Kinderbetreuung wird in Ammersbek teurer

Eltern müssen künftig
jährlich rund 100 Euro mehr
für einen Platz zahlen

AMMERSBEK :: Die Gebühren für Kita-, Hort- und Krippenplätze steigen in Ammersbek zum 1. August. Das haben die Gemeindevertreter beschlossen. Demnach kostet eine Betreuungsstunde für ein Kind im Elementar- und im Hortbereich künftig 1,31 statt 1,25 Euro. In Krippen zahlen Eltern 2,55 statt 2,50 Euro.

Eine knappe Mehrheit im Gemeinderat entschied sich für die moderatere von zwei Varianten. Der Finanzausschuss hatte sich zuvor für 1,35 beziehungsweise 2,60 Euro ausgesprochen. Für diese Variante, die die Grünen-Politikerin Carola Sander beantragt hatte, sprach sich in der Gemeindevertretung noch einmal die CDU-Fraktionsvorsitzende Christiane Maas aus. „Wenn wir die niedrigeren Sätze beschließen, schreiben wir das Defizit der Gemeinde bewusst fort“, sagte sie. Rita Thönnies (SPD) entgegnete: „Wir haben uns bewusst für die niedrigere Variante entschieden. Fünf Cent pro Stunde hört sich zwar wenig an, aber die Eltern werden mit rund 100 Euro zusätzlich pro Jahr belastet. Bei 1,35 Euro pro Stunde wären es schon 187 Euro. Das halten wir nicht für tragbar“.

Gabriela Späte (FDP) machte schließlich die knappe Mehrheit von zehn zu acht Stimmen für die moderatere Anhebung möglich. Sie stimmte mit der SPD, während CDU und Grüne die stärkere Erhöhung wollten. Ein Grünen-Abgeordneter fehlte in der Sitzung.

SPD und Grüne setzen umstrittenen Plan für Biogasanlagen durch

Einstimmig beschlossen die Gemeindevertreter, das Nachmittagsangebot der Grundschule Hoisbüttel zum Schuljahr 2012/13 von drei auf fünf Tage auszuweiten. Ebenfalls im Konsens fiel der Beschluss, ab August zusätzliche Gruppen an den Kitas Bünningstedt und Lottbek einzurichten. In Bünningstedt wird es teilweise auch längere Betreuungszeiten geben.

Die Frage der möglichen Standorte für Biogasanlagen wurde ebenfalls geklärt. SPD und Grüne votierten mit ihrer Mehrheit für den seit zwei Jahren diskutierten Konzentrationsplan, der maximal sechs Anlagen auf dem Gemeindegebiet erlaubt. CDU und FDP stimmten dagegen, weil beide Parteien in dem Entwurf eine „Verhinderungsplanung“ sehen, die die Landwirte in ihrer Arbeit zu sehr einschränkt. Ohne diesen Plan wären auf dem Gemeindegebiet etwa 16 Anlagen möglich. Allerdings gibt es bisher keine entsprechenden Anträge. Nach dem Beschluss in Ammersbek muss der Konzentrationsplan jetzt noch auf Landesebene genehmigt werden. (cg)